

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 288

Anton Rauscher

Christlicher Glaube und politische Ethik

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Politik und Gesellschaft

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Familie

Schöpfungsverantwortung und Ökologie

Europa und Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 021 61 / 8 15 96-0 · Fax 021 61 / 8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2002

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1560-4

Mit seiner Antwort: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“, hat Jesus selbst das Grundverhältnis „Christlicher Glaube und politische Ethik“ bestimmt. Von Anfang an waren die Christen und die sich bildenden christlichen Gemeinden in den verschiedenen Teilen des römischen Reiches mit Fragen befaßt, die nicht nur den Glauben und das künftige Heil, sondern auch die Gestaltung und Ordnung der gesellschaftlichen und politischen Lebensverhältnisse betrafen. Es ging um wirtschaftlich-soziale Probleme wie das Verhältnis von Arm und Reich, die Sorge um die Witwen, die gerechte Verteilung der Erdengüter oder die Behandlung von Sklaven; es ging ebenso um politische Fragen wie das Verhältnis der Christen zur Autorität des Staates, insbesondere um die Problematik, daß der Kaiser göttliche Verehrung von seinen Untertanen verlangte; es ging um die Frage, ob ein Christ in den römischen Legionen Militärdienst leisten dürfe. Die frühe Kirche war bestrebt, sich an den politisch relevanten Aussagen des Neuen Testaments zu orientieren und sie für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensbereiche fruchtbar werden zu lassen. Erst nachdem Kaiser Konstantin dem Christentum und der Kirche die öffentliche Freiheit gewährt hatte, konnten die christlichen Orientierungen in dem Viel-Völker-Reich allmählich stärkeren Einfluß auf die rechtlich-sittlichen Verhältnisse und Strukturen gewinnen. Einer der ersten, der sich über das Verhältnis zwischen dem irdischen Reich und dem Reich Gottes Gedanken machte, war der abendländische Bischof und Kirchenvater Augustinus. In seinem Werk *De civitate Dei* (Über den Gottesstaat) entwickelte er ein Koordinatensystem für die Schöpfungs- und Erlösungsordnung.

Erinnert sei auch an die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Kaiser und Papst, die das Mittelalter durchzogen. Die Unabhängigkeit der beiden Gewalten voneinander und die Zuständigkeit der weltlichen und der geistlichen Macht für den je eigenen Bereich wurden zur Grundlage des Verhältnisses von Kirche und Staat. Die christliche Auffassung über den Menschen und die davon inspirierte sittliche Ordnung – wie sie exemplarisch in der „*Summa Theologiae*“ des Thomas von Aquin ihren Ausdruck fand – haben das Gesicht Europas und jene Kultur geprägt, die bis heute den Völkern Europas, bei aller Verschiedenheit und auch Gegensätzen, gemeinsam ist und sie einen kann.

Der Weg in die Moderne

Der Zerfall der alten Ordnung, wie ihn die Französische Revolution von 1789 markiert, hat die Kirche in eine schwierige Lage manövriert. Leider hat

es die Kirche verpaßt, von ihrem Menschenbild her jene Konsequenzen zu ziehen, die eine rasche Aussöhnung mit den neuen politischen Kräften und Strukturen ermöglicht hätten. Das, was in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika möglich war, nämlich von den Freiheitsrechten her, mit denen jeder Mensch unmittelbar von seinem Schöpfer ausgestattet ist, zu denken und die politische Ordnung, insbesondere den Rechtsstaat, aufzubauen und die staatliche Autorität auf den Schutz der Menschenrechte und auf den Dienst am Gemeinwohl zu verpflichten, hat sich in Europa erst nach vielen Irrungen und Wirrungen in den letzten zwei Jahrhunderten durchgesetzt, wobei die Kirche an den überkommenen und eingespielten politischen Bindungen festhielt. Die damalige Theologie an den Universitäten und kirchlichen Ausbildungsstätten war auf die überkommenen Denkmuster der ständischen Gesellschaft fixiert. Sie war unfähig, die Umbruchsituation in Wirtschaft und Gesellschaft, in Politik und Kultur zu begreifen und darüber nachzudenken, ob und in welcher Weise der christliche Glaube und die damit verbundene Sittlichkeit den sich entwickelnden Verhältnissen innere Kraft und Wertorientierung geben könnten. Es dauerte ein ganzes Jahrhundert, bis sich die Kirche in den Verhältnissen der Moderne zurecht fand.

Erst die intensive Besinnung auf das christliche Menschenbild und die neuen Ansätze dessen, was man katholische Soziallehre nennt, haben eine Wende angebahnt. Leo XIII. gelang es, erste Brücken zwischen Kirche und Kultur zu schlagen, die naturrechtlichen Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit, von Liebe und Solidarität bei der Lösung der „sozialen Frage“ zur Geltung zu bringen und mit der Beilegung des Kulturkampfes in Deutschland das Verhältnis von Kirche und Staat auf eine neue Grundlage zu stellen. Er erkannte, daß sich den Christen bei der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung ganz neue Chancen bieten, wenn sie die Freiheitsrechte in Anspruch nehmen und sich zusammenschließen. Auf diesem von Leo XIII. gewiesenen Weg sind die Katholiken fortgeschritten.

In christlicher Sicht ist jeder Mensch als freie und verantwortliche Person von Gott ins Dasein gerufen. Von besonderer Bedeutung ist die Einsicht, daß die menschliche Person „Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Lebens“ ist. Es war Gustav Gundlach, der das personale Fundament des christlich-sozialen Denkens herausarbeitete. Von Pius XII. ist diese Erkenntnis in die Sozialverkündigung der Kirche übernommen und von Johannes XXIII. und dann vom zweiten Vatikanischen Konzil in der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ bestätigt worden. Diese Auffassung muß

ständig in den Köpfen der Menschen erneuert und bei der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit bedacht werden.

Wenn Amerika und Europa in diesen entscheidenden Fragen verschiedene Wege beschritten und auseinanderdrifteten, dann liegen die Gründe hierfür in der Offenheit und Wertschätzung von Religion und Kirche, die in der amerikanischen Gesellschaft bis heute ungebrochen anhält, wohingegen die kontinentale Aufklärung, die philosophischen Grundströmungen und die großen sozialen Ideologien in Europa eher auf einen Kollisionskurs mit der Kirche und mit dem Christentum zusteuerten. Am schärfsten drückt sich dies in der kämpferischen Formel von der Religion als Privatsache aus, die zunächst der weltanschauliche Liberalismus und dann der Sozialismus propagierte.

Die naturrechtliche Argumentation

Von Bedeutung für das Verhältnis von Glaube und Welt, von Kirche und Gesellschaft war die wachsende Sensibilität für die Frage, wie die Christen und wie die Kirche in einer pluralistischen Gesellschaft die Wahrheiten des christlichen Glaubens und die damit verbundenen sittlichen Werte überzeugend und gewinnend zur Kenntnis und in die öffentliche Diskussion einbringen können. Schon in der durch die Reformation konfessionell gespaltenen Gesellschaft war dies sehr viel schwieriger geworden als in einer Epoche, in der auch die weltlichen Regime von einer geschlossenen Christenheit ausgehen konnten. Wichtig für die Wiederbelebung des christlichen Naturrechtsdenkens wurden die Auseinandersetzungen, wie sie um die „soziale Frage“ entbrannten. Leo XIII. besann sich auf Thomas von Aquin und auf die von ihm erarbeiteten sozialetischen Ansätze.

In den Sozialzyklen und Ansprachen der Päpste stützt sich diese Art des Vorgehens vor allem auf die Vernunfteseinsichten in die Schöpfungsordnung, die zusammen mit den geoffenbarten Wahrheiten der Erlösungsordnung die *eine* christliche Heilsordnung bilden. In einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Bürger verschiedenen Religionen und Bekenntnissen angehören, in der es auch Agnostiker und Atheisten gibt, sind gemeinschafts- und einheitsstiftende Grundwertorientierungen nur möglich, wenn sie naturrechtlich begründbar, das heißt, wenn sie im Wesen des Menschen selbst verankert sind. Auch der Apostel Paulus greift im Römerbrief auf die naturrechtliche Argumentation zurück. Diese erstreckt sich heute auf die Menschenwürde und die Menschenrechte, auf die Grundwerte der Freiheit und Gleichheit, von Recht und Gerechtigkeit, der Solidarität und der Subsidiarität sowie der Gemein-

wohlordnung, die alle Bereiche des Zusammenlebens, auch Politik und Staat umfaßt.

Die Brauchbarkeit des naturrechtlichen Ansatzes erwies sich nicht nur in den Beiträgen des sozialen Katholizismus zur Lösung der sozialen Frage, sondern auch in der Entstehung und wachsenden Bedeutung des „politischen Katholizismus“. Seit dem Kulturkampf schlossen sich die Katholiken politisch zusammen, um ihre Bürgerrechte zur Geltung zu bringen. Der Zentrumspartei fiel in dem damaligen Parteiengefüge eine gewichtige Rolle zwischen rechts und links zu. Das Zentrum – gedacht als politische Partei für Wähler aus allen Schichten – war bis zu seinem Ende im Jahre 1933 hauptsächlich eine Partei von Katholiken sowohl was seine Wähler als auch was seine Repräsentanten betraf. Die naturrechtliche Sicht und Begründung der politischen Ziele und Aufgaben hatte eine grundsätzliche und praktische Nähe zu den von der katholischen Kirche vertretenen Wertpositionen für die Gestaltung von Gesellschaft und Politik. Allerdings spitzten sich die politischen Gegensätze in der Weimarer Republik so stark zu, daß die tragfähige Mitte zwischen rechts und links buchstäblich zerrieben wurde. Das Zentrum war politisch zu schwach, um die Machtergreifung der Nationalsozialisten mit Erfolg verhindern zu können.¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gelang es Konrad Adenauer und christlichen Politikern, die CDU und die CSU als überkonfessionelle christliche Parteien zu gründen. Sie erlangten eine so große Durchschlagskraft, daß sie zusammen mit der SPD „Volksparteien“ wurden. Der wirtschaftliche und der geistig-kulturelle Wiederaufbau in Westdeutschland stand im Zeichen der Besinnung auf die Grundwerte, die mit Füßen getreten worden waren. In den von CDU und CSU geführten Bundesregierungen wurden viele Ziele verwirklicht, die der soziale und politische Katholizismus seit langem angestrebt hatte. Dies war möglich, weil auch in der SPD und in anderen politischen Parteien durch die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur ein Umdenken eingesetzt hatte und die naturrechtlichen Positionen, wie sie von der christlichen Seite verfolgt wurden, nicht mehr strikt abgelehnt wurden. Man war offen für Kompromisse und Zusammenarbeit. Dies zeigte sich schon bei den Beratungen über das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat. Bei der Berufung auf Gott in der Präambel und in wichtigen Bereichen wurden Wertorientierungen gefunden, die mit dem christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnis vereinbar waren. Aber nicht nur auf dem politischen

Parkett, auch auf anderen gesellschaftlichen Ebenen war die Bereitschaft zur Umkehr zu spüren (Gerichte, Schule, Bildung und Wissenschaft, sogar die Medien waren nach 1945 offen für naturrechtliche Wertorientierungen).

Auf katholischer Seite weckte das Godesberger Programm der SPD (1959) die Hoffnung, daß die Sozialdemokraten nicht nur ihre ideologischen Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik überwinden und sich der erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft zuwenden würden, sondern daß sie auch ihre Vorbehalte gegenüber dem christlichen Menschenbild und der Kirche aufgeben würden. Diese Erwartung ist nur zum Teil eingetreten.

Die sozialliberale Regierungskoalition ging 1969 daran, die Gesellschaft zu modernisieren und das Grundgesetz neu zu interpretieren. Diese „Reform“ stieß auf die geschlossene Abwehr bei den christlichen Unionsparteien. Es entbrannte der bis heute andauernde Kampf um die Abtreibung. Desgleichen stieß die Abtreibung nicht nur auf den vehementen Widerstand der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche. Die Fristenlösung wurde auch vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verworfen. Die Unionsparteien waren sich darin einig, daß das Grundgesetz den umfassenden Rechtsschutz für jeden Menschen, auch für das ungeborene Kind gewährleiste. Demgegenüber versuchten Sozialdemokraten und Liberale diese Argumentation dadurch zu unterlaufen, daß sie ihr das Mäntelchen umhängen wollten, es handele sich um eine moraltheologische, katholische Sonderposition, die den Staat zu etwas verpflichten wolle, was gegen seine weltanschauliche Neutralität verstoße.

Auch in anderen Bereichen zeichnete sich in den 1970er Jahren eine Verschiebung in den Wertorientierungen ab: so im Hinblick auf den staatlichen Schutz für Ehe und Familie, oder auf den Schutz der Religionsfreiheit, und zwar sowohl der persönlichen als auch der sogenannten „kollektiven“ Religionsfreiheit, die den Kirchen und Religionsgemeinschaften zukommt.

Was den Bereich der Kirche betrifft, so sei hier auf die Entstehung und Entwicklung der sog. politischen Theologie, auch der Theologie der Befreiung hingewiesen, die die Sozialverkündigung der Kirche, oft ohne diese näher zu kennen, als ungenügend ablehnten. Statt ihrer suchten sie die Nähe zu einem revolutionären politischen Ansatz, bei dem die „Praxis“, sprich der Erfolg, den Ausschlag geben sollte, oder man hat für die „marxistische Analyse“ von Wirtschaft und Gesellschaft als Heilmittel gegen die sozialen Übel in Lateinamerika und Afrika optiert. Der Zusammenbruch des Kommunismus bedeutete auch das Aus für diese Bewegungen. Papst Johannes Paul II. hat sich seit der geschichtlichen Wende nicht nur für die Menschenwürde und die Men-

schenrechte eingesetzt, sondern auch für die Verbreitung und Verwirklichung der katholischen Soziallehre geworben. Gott sei Dank haben diese Bemühungen in einer Reihe von Ländern in Europa und ebenso in vielen Entwicklungsländern zu neuen Ansätzen geführt.

In Deutschland freilich, von wo im 19. und 20. Jahrhundert von der katholischen Soziallehre und der christlich-sozialen Bewegung starke Impulse ausgegangen waren, ist dies nur in bescheidenem Maße gelungen. Zweifellos gibt es christlich-soziale Zentren, die ihrer Aufgabe gerecht werden. Aber diese Stimmen sind im wissenschaftlichen Dialog, jedenfalls im deutschen Sprachraum, eher singulär geworden. Erst recht gilt dies für die von vielen Seiten beklagte Entwicklung, daß die katholischen Sozialverbände und Jugendorganisationen ihre Mitglieder nur noch in geringem Maße zur politischen Arbeit befähigen. Leider werden nur wenige junge Katholiken in einer Partei tätig; bisweilen sind sie so sehr dem Zeitgeist verhaftet, daß man mit dem Vergrößerungsglas suchen muß, bis man ein christliches Anliegen entdeckt.

Die grundlegend veränderte Situation

Nichts könnte die inzwischen grundlegend veränderte Situation besser beleuchten als die von mehreren Bischöfen öffentlich aufgeworfene Frage, ob die christlichen Unionsparteien nicht auf das „C“ in ihrem Namen verzichten sollten. Der Anlaß für derartige Überlegungen ist die Tatsache, daß in Fragen der Gentechnologie auch von führenden Politikern der christlichen Unionsparteien Meinungen vertreten oder hingenommen werden, die nicht mehr mit den von der Kirche festgehaltenen Wertorientierungen übereinstimmen. Schon in der Abtreibungsfrage, in der die christlichen Unionsparteien zunächst geschlossen die naturrechtlich begründbare Position der katholischen Kirche verfochten hatten, bröckelte im Laufe der Jahre der Konsens. Nicht nur unter den evangelischen Christen, sondern auch unter den katholischen Christen entwickelten sich Mehrheits- und Minderheitsmeinungen. Auch wenn sich die Parteiführungen auf das Grundgesetz berufen können, so wird doch die innerparteiliche Meinungsbildung schwieriger.

Ein ähnlicher Aushöhlungsprozeß ist bei den Grundwerten von Ehe und Familie zu beobachten. Die Zahl der Ehescheidungen hat seit den 1970er Jahren enorm zugenommen. Auch kirchlich gebundene Katholiken wurden, vielleicht mit etwas Verspätung, von diesem Prozeß erfaßt. Der Staat hat wenig getan, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern; im Gegenteil: der

Gesetzgeber hat die Ehescheidung selbst dann, wenn unmündige Kinder da sind, enorm erleichtert. Die pausenlose Propaganda der Massenmedien hat ein übriges getan, daß das Bewußtsein vieler Bürger, daß es sich bei der Ehe um eine Bindung auf Lebenszeit handelt, immer mehr geschwächt wurde. Dadurch wurde auch Art. 6 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt, untergraben. Sicherlich sind wir in Deutschland noch nicht bei amerikanischen Verhältnissen angelangt, wo nahezu die Hälfte aller Ehen geschieden wird. Aber kann das Grundgesetz der Maßstab bleiben, wenn die nachwachsende Generation diese Orientierungen samt ihren Begründungen in Frage stellt, wenn führende Politiker sich so verhalten, als ob die Ehe keine Bedeutung mehr hätte, wenn auch Christen ihr Denken und Verhalten nicht mehr danach ausrichten?

Die Umbruchjahre von 1989/90 brachten weitere Veränderungen. Die Bevölkerung in der ehemaligen DDR war in den sechs Jahrzehnten, in denen zuerst die Nationalsozialisten, dann die Kommunisten herrschten, einer totalitären und radikal antichristlichen Ideologie und Propaganda ausgesetzt. Während in Westdeutschland nach 1945 ein Besinnungsprozeß eintrat, verschwanden in Ostdeutschland unter der kommunistischen Herrschaft die noch verbliebenen Restbestände von ursprünglich christlich gelebten und begründeten Werten und Traditionen. Christlicher Glaube und Kirchenzugehörigkeit fanden sich nur noch bei einer kleinen Minderheit. Insbesondere die evangelischen Kirchen, die im Osten ihre Stammlande hatten, waren davon betroffen. Unter diesen Umständen hätte es nach der Wende besonderer Anstrengungen bedurft, um bei der Bevölkerung in Ostdeutschland Verständnis für das Grundgesetz und seine Wertorientierung zu wecken. Statt dessen hat man im Einigungsvertrag die in der DDR geltende Regelung der Abtreibung für Ostdeutschland beibehalten, was sich wiederum negativ auf die Überzeugung und Einstellung zum menschlichen Leben auch vieler Westdeutscher auswirkte.

Wird die säkularisierte Gesellschaft unregierbar?

In dieser Situation fragen sich nicht wenige, ob christliche Wertpositionen bei der künftigen Gestaltung von Gesellschaft und Politik überhaupt noch eine Rolle spielen werden. Werden die christlichen Parteien, wenn sie als politische Kraft im Rennen bleiben wollen, nicht auf christliche Wertpositionen mehr und mehr verzichten und in absehbarer Zukunft womöglich das „C“ in ihrem Namen streichen? Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine derartige Entwicklung eintreten kann, wie dies bereits in anderen Ländern

Europas zu beobachten ist (Frankreich, Italien). Auf der anderen Seite muß die Frage, die schon vor Jahren Ernst-Wolfgang Böckenförde aufgeworfen hat, neu bedacht werden: Sind sich die Bürger bewußt, daß der freiheitliche und säkularisierte Staat die Voraussetzungen, auf denen er beruht, nicht selber schaffen kann? Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die pluralistische Gesellschaft, deren Zusammenhalt und Funktionsfähigkeit durch eine zunehmende Individualisierung („Selbstverwirklichung“) gefährdet ist.

Je mehr die Säkularisierung und ein gewisser Wertrelativismus voranschreiten, umso drängender wird die Antwort auf die Frage Böckenfördes. Mit anderen Worten: Bedarf eine säkularisierte Gesellschaft und ein weltanschaulich neutraler Staat nicht der Gegengewichte, wenn sich seine Entscheidungen und Entschlüsse nicht in einem rein innerweltlichen Nutzenmodell erschöpfen sollen? Und woher sollen diese Gegengewichte kommen, wenn einerseits die christlichen Kräfte in der Politik schrumpfen, die in der Lage wären, die Grenzen einer rein innerweltlichen Sicht- und Politikweise zu durchbrechen? Oder gehen wir erneut einem Zeitalter entgegen, in dem bei aller Rationalität wieder ideologische Ansätze, ja sogar inhumane Verführungen zunehmen? Man könnte die Frage auch so formulieren: Wird der weltanschaulich neutrale Staat auf die Dauer womöglich unregierbar, wenn das Bewußtsein und der Bezug zu vorgegebenen Werten und Normen und zu den sozialen bzw. solidarischen Bindungen verlorengelht?

Veränderungen in der Mitglieder- und Wählerstruktur der C-Parteien

In den politischen Parteien, auch in den christlichen Unionsparteien ist das Wissen um die Grundwerte und ihre Begründung dünn geworden. In der Wiederaufbauphase Deutschlands gab es genügend Politiker, die im Bereich des christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnisses zu Hause waren und innerhalb ihrer Partei und nach außen souverän argumentieren konnten.

Zwar sind die kirchentreuen Katholiken, die die christlichen Unionsparteien wählen, immer noch eine starke Gruppe, auf die auch die Parteien in ihrem eigenen Interesse Rücksicht nehmen müssen; aber abgesehen davon, daß die früheren Hochburgen in katholischen Regionen mit Ausnahme Bayerns starke Einbußen hinnehmen mußten, hat sich die Wählerschaft insgesamt verändert²: Neben den kirchentreuen gibt es eine wachsende Zahl von Katholiken, die in ihren persönlichen, sozialen und politischen Wertorientierungen von der Kirche nicht mehr erreicht werden. Vor allem hat der Prozeß der Säkularisierung durch die deutsche Einigung einen beträchtlichen Schub erhalten.

Die Zahl derer, die zu keiner christlichen Kirche gehören, ist im vereinten Deutschland mit knapp 26 Millionen fast genauso groß wie die Zahl der Katholiken mit 27,3 Millionen und die Zahl der evangelischen Christen mit 27,4 Millionen. Allerdings gibt es große Unterschiede. Während in Nordrhein-Westfalen und in den südlichen Bundesländern die Bevölkerung bis zu 80 Prozent christlich geprägt und kirchlich gebunden ist, ist die Säkularisierung in den norddeutschen Ländern stark vorangeschritten. In den ostdeutschen Ländern gehört nicht einmal mehr jeder Dritte einer der christlichen Kirchen an.

Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Mitgliederstruktur und auf die Wähler der politischen Parteien aus. Die Christen, die um die Bedeutung ihres Glaubens und ihrer kirchlichen Bindung für das persönliche und soziale Leben wissen, werden weniger. Die Zahl derjenigen, die „säkular“ denken und dies im Sinne von Wertneutralität verstehen, nimmt zu. Damit verlieren auch die christlich-sozialen Ideen und Anliegen an Durchsetzungskraft, nicht zuletzt deshalb, weil das Verständnis für die naturrechtliche Argumentation schwindet. Die Programmatik, auch in sozialen Fragen, wird zwangsläufig „weicher“. Hinzu kommt, daß sich die christlichen Parteien – wenn sie Volksparteien bleiben und die Chance haben wollen, Wähler zu gewinnen und die Regierungsverantwortung zu übernehmen – auch um nicht-christliche Wähler bemühen müssen. Was die Muslime in Deutschland betrifft, ist zwar die Mehrzahl gläubig, aber es ist bisher noch nicht so recht gelungen, mit ihnen über die Bedeutung der Religion für die Gestaltung von Gesellschaft und Staat ins Gespräch zu kommen und auf der naturrechtlichen Basis sie für die von den C-Parteien vertretene Politik zu gewinnen.

Das, was einige Bischöfe ausgesprochen haben, wird natürlich auch innerhalb der christlichen Unionsparteien diskutiert. Sie haben feststellen müssen, daß der Einfluß und die Wirkkraft der Kirchen als Institutionen und des Christentums in unserer Gesellschaft erheblich zurückgegangen sind. Können in einer zunehmend säkularisierten und entchristlichten Welt C-Parteien auf Dauer erfolgreich sein? Zwar haben Umfrageergebnisse im Januar 1999 gezeigt, daß die Eigenschaft „christlich“ für Parteien in der Bevölkerung nach wie vor überwiegend als positiv bewertet wird. Dennoch werden die C-Parteien vor die Frage gestellt: Welche Bedeutung hat die christliche Grundorientierung für die Aufgaben und Problemlösungen unserer Zeit?³ Von der glaubwürdigen Beantwortung dieser Frage wird abhängen, ob ein Verzicht auf das „C“ die Parteien auf längere Sicht schwächen und sie dann womöglich auch die kirchentreuen Katholiken verlieren könnten.

Noch sind die führenden Persönlichkeiten in den C-Parteien insgesamt davon überzeugt, daß das „C“ nicht preisgegeben werden dürfe. Neben der Rücksicht auf die kirchentreuen Wähler spielt die Überlegung eine Rolle, daß die Unionsparteien mit dem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild eine Grundlage und eine Zielstruktur besitzen, die nicht ersetzbar ist. Denn auch die säkularisierte Gesellschaft, die schon jetzt mit ungeheuren Problemen zu kämpfen hat, weil große Teile der Bevölkerung, vor allem der nachwachsenden Generation, die 10 Gebote nicht mehr als sittliche Grundlage ihres persönlichen und sozialen Lebens betrachten und danach handeln, wird das zentrale Problem nicht beiseite schieben können: Wenn Gott, wenn die Religion, wenn der christliche Glaube in der Bevölkerung nicht mehr lebendig ist, wer wird dann für das Gute in allen Handlungsbereichen eintreten? Wer wird die sittliche Grundhaltung in allen für die Gesellschaft wichtigen Fragen fördern und das Böse als eine die Gemeinschaft zerstörende Kraft brandmarken? Wer wird den Drang nach Macht nicht nur in Wirtschaft, Gesellschaft und Freizeit, sondern auch in der Politik und nicht zuletzt in Bildung und Wissenschaft bändigen und so ausrichten, daß er sich zum Wohle der Menschen auswirkt? Man kann sich nicht einfach auf die Polizei verlassen, wenn die sittlichen Grundwerte fehlen. Man kann auch nicht nur von Verantwortung reden, ohne sich zu den Inhalten der eigenen Überzeugung zu bekennen und entsprechend zu handeln.

Es wird sehr darauf ankommen, daß sich in den C-Parteien diejenigen Abgeordneten und Führungskräfte stärker zusammenfinden, denen das christliche Menschenbild noch Maßstab für eine menschenwürdige Gesellschaft und eine menschengerechte Politik ist. Von der Überzeugungskraft ihrer Argumente muß eine Anziehungskraft auf die Parteifreunde ausgehen. Christliche Positionen können nicht von oben gemanagt werden, sie müssen von der Vernunft anerkannt und frei bejaht werden. Es wäre auch im Sinne des Grundgesetzes und der früher betonten Gemeinsamkeit der Demokraten, wenn es bei der Erörterung von ethisch relevanten Fragen zu einer Diskussion über die Parteigrenzen hinweg käme.

Die Orientierung am christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild

So wie die Kirchen sich nicht politisieren lassen dürfen, so können natürlich die C-Parteien nicht das ersetzen, was ureigene Aufgabe der Christen und der Kirchen in ihrer Verantwortung für die Politik ist. Entscheidend kommt es darauf an, daß die Kirchen das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild unverkürzt vertreten. Sie müssen alles tun, um dieses Menschen- und Gesell-

schaftsbild allen Christen und darüber hinaus allen Bürgern, auch Andersgläubigen und Ungläubigen glaubwürdig und überzeugend zu vermitteln und dafür werben. Sie müssen es all denen, die in der Politik tätig sind, nahe bringen, und zwar unabhängig davon, in welcher politischen Partei diese sich engagieren.⁴

Wenn dem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild für Gesellschaft und Politik eine so zentrale Bedeutung zukommt, dann muß jedoch möglichen Mißverständnissen, auch absichtlichen Fehlinterpretationen vorgebeugt werden. Dieses „Bild“ hat sich zwar innerhalb des Christentums und der Kirche herausgebildet, aber es gehört in den Bereich der Wahrheiten und Werte, die sich primär aus der „Schöpfungsordnung“ ergeben. Die entsprechenden Aussagen der heiligen Schrift sind hier relevant, im Kern aber sind die Inhalte von allen Menschen mit dem Licht ihrer Vernunft einzusehen. Es sind grundsätzliche Einsichten über das Wesen des Menschen und über die daraus erwachsende Gesellschaftsstruktur. Genau in diesem Bereich ist die naturrechtliche Argumentation angesiedelt. So wie der Apostel Paulus die geoffenbarte Wahrheit verkündete, daß der Heilswille Gottes sich auf alle Menschen – ob Christen, Juden oder Heiden – erstreckt, so sind auch die Inhalte des Menschen- und Gesellschaftsbildes für alle Menschen einsehbar – ob Christen, Muslime, Hindus, Frauen, Männer, Andersgläubige, Atheisten oder Agnostiker. Es handelt sich nicht um eine Art „sozialer Dogmatik“. Selbst die Fehlhaftigkeit des Menschen ist ein Tatbestand, den man auch in der fortgeschrittenen modernen Gesellschaft mit Händen greifen kann, auch wenn die Frage nach Erlösung des Menschen den Horizont dieser Weltlichkeit ebenso durchbricht wie die Frage nach seiner Geistigkeit.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften dürfen mit Recht erwarten, daß alle Parteien und Gruppierungen für ihre Anliegen offen sind, soweit dies das Grundgesetz vorsieht. Der Staat ist zwar weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral. Insofern muß der Staat um die Bedeutung wissen, die Religion und Sittlichkeit für die Verwirklichung der Gemeinwohlpolitik haben. Er muß daran interessiert sein, daß möglichst viele Bürger nicht eine utilitaristische oder gar nihilistische Einstellung haben, sondern bereit sind, im Sinne von Tugenden und des Gemeinwohls zu handeln.

Ein besonderes Augenmerk müssen die Kirchen darauf legen, daß das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild unverkürzt in C-Parteien, in der Führung und in der Mitgliedschaft, bewußt ist, daß auch die naturrechtliche Begründung der Grundwerte, die in einer pluralistischen Gesellschaft unverzichtbar ist, verstanden und bejaht wird. Andererseits können die C-Parteien

das christliche Menschen- und Gesellschaftsverständnis nur dann unverkürzt bewahren, wenn sie im Gespräch mit den Kirchen bleiben, wenn sie sich bemühen, daß kirchenverbundene Christen in der Partei mitarbeiten, die dafür Sorge tragen, daß das christliche Menschenbild nicht verwässert und womöglich nach taktischen Rücksichten von den Parteien selbst „interpretiert“ wird.⁵

Die Herausforderung der Christen und der Kirche

Aber nicht nur bei den politischen Parteien wirken sich säkulare und wertneutrale Tendenzen in der Gesellschaft aus. In den Kirchen selbst nehmen Glaube und christliche Überzeugung ab. Die Säkularisierung und die wertneutralen Haltungen und Tendenzen haben bewirkt, daß immer weniger Christen das Evangelium kennen, mit der Geschichte des Christentums vertraut und an Fragen des Glaubens interessiert sind. Die Grundentscheidung zwischen Gut und Böse wird zu sehr bei den sozialen Verhältnissen und Strukturen gesucht und nicht mehr im Herzen und im Gewissen des Menschen. Weil in den Familien die religiöse Praxis stark zurückgegangen ist und auch der Religionsunterricht in den Schulen sich vornehmlich mehr und mehr sozialen Problemen zuwendet und Glaubensinhalte und die Gemeinschaft in der Kirche eher Randphänomene werden, kennen viele junge Christen oft nicht mehr die zentralen Inhalte und Orientierungen des Glaubens. Daher rührt es, daß das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild so farblos und blaß geworden ist. Man sieht nicht mehr die Bedeutung, die Religion und Glaube, auch die Kirche für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens haben. Hier müssen wir umdenken.

Auch die theologische Wissenschaft scheint nicht mehr in der Lage zu sein, die Bedeutung von Glaube und Kirchlichkeit für Gesellschaft, Politik und Staat überzeugend vermitteln zu können. Hat sie die Fähigkeit eingebüßt, die Grundwertorientierungen, nach denen so viele rufen, so darzustellen, daß die Menschen, daß auch die Jugendlichen sie als interessant, wichtig, attraktiv für ihr eigenes Leben und für ihren Einsatz für Gerechtigkeit und Solidarität in Gesellschaft und Staat begreifen und praktizieren? Desgleichen ist unter katholischen Sozialwissenschaftlern und Moralthologen das Bewußtsein um die naturrechtliche, in der Schöpfungsordnung verankerte Sichtweise geschrumpft. Selten wird die Frage aufgegriffen und diskutiert, ob nicht gerade die pluralistische Gesellschaft und der weltanschaulich neutrale Staat auf eine naturrechtlich begründbare Wertorientierung angewiesen sind. Man paßt sich weitgehend den wissenschaftlichen Modeströmungen an, anstatt diese

kritisch zu hinterfragen. In den heftig entbrannten bioethischen und gentechnischen Diskussionen ist die Stimme der wissenschaftlichen Theologie, auch der sogenannten Diskursethik nur vereinzelt zu hören.

Was soll die Kirche, was sollen die Christen in dieser Situation tun? In erster Linie muß überlegt werden, wie das christliche Menschen- und Gesellschaftsverständnis wieder vermittelt werden kann. Dies betrifft den Bereich der Verkündigung, die Familienpastoral, den Religionsunterricht in den Schulen, auch die Schulbücher. Dies betrifft auch die Jugend- Gruppen- und Verbandsarbeit auf der pfarrlichen und diözesanen Ebene. Es wäre wichtig, für diese Aufgaben auch die Massenmedien wieder stärker zu interessieren.

Die Kirche muß ferner darauf hinwirken, daß junge Christen, die vom christlichen Menschenbild überzeugt sind, sich politisch, auch parteipolitisch engagieren auf der Orts-, Landes- und Bundesebene. Dabei muß es ein Anliegen sein, das christliche Menschenbild als Ganzes im Blick zu haben und nicht nur Teile auszuwählen. Es ist von Belang, wenn ein Abgeordneter zum Beispiel in der Frage der Bioethik ebenso kritisch den Embryo-Stammzellen-Einsatz beurteilt wie die Kirche; wenn er aber gleichzeitig in der Frage der Abtreibung oder der Euthanasie eine der kirchlichen Lehre entgegengesetzte Position einnimmt, so schafft dies eher Verwirrung.

Wenn das christliche Menschenbild in der Politik zum Tragen kommen soll, bedarf es der Bündelung der Kräfte und des Zusammenschlusses von Menschen, die in dieser Frage gleiche Überzeugungen vertreten. Dies haben die Katholiken im 19. Jahrhundert erkannt und gemeinsam dafür gekämpft, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erlangen. Die politische Situation heute ist eine andere. Aber der Schutz der Grundwerte im Sinne des christlichen Menschenbildes kann nur wirksam in die politische Realität umgesetzt werden, wenn sich die Christen in den C-Parteien, gegebenenfalls über die Parteigrenzen hinweg, einig sind.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rudolf Morsey, *Woran scheiterte die Weimarer Republik?* In: Reihe „Kirche und Gesellschaft“, hrsg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Nr. 254, Köln 1998.
- 2 Dazu: *Gemeinsame Zukunftsverantwortung. Diskussionsgrundlage für Gespräche zwischen CDU und den christlichen Kirchen* (Manuskript für die Nordrhein-Westfälische CDU).
- 3 Vgl. dazu Alois Glück, *Verantwortung übernehmen. Mit der Aktiven Bürgergesellschaft wird Deutschland leistungsfähiger und menschlicher*, Stuttgart/München, 2. Aufl., 2001, 42 ff.
- 4 Vgl. zu diesem Fragenkomplex Karl Lehmann, *Es ist Zeit, an Gott zu denken. Ein Gespräch mit Jürgen Hoeren*, Freiburg i. Br. 2000, 101 ff.
- 5 Die C-Parteien haben sich in der jüngsten Zeit verstärkt und intensiv mit dem christlichen Menschenbild auseinandergesetzt. Außer den in den Anmerkungen 2 und 3 genannten Publikationen ist zu nennen: *Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes* (verantwortlich: Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU Deutschlands, und Christoph Böhr, Vorsitzender der Wertekommission der CDU Deutschlands).

Zur Person des Verfassers

Dr. theol., Dr. h. c., lic. phil. Anton Rauscher, Professor em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Mönchengladbach.